

BREMER AKTION

Zeitung der FAU-IAA Bremen

Nr.7 - Oktober 2002



Leih- und Zeitarbeit - Bremer Arbeit GmbH - Hartzkommission - BSHG 19 - Armut trotz Arbeit

Schluss !
mit der Zwangsarbeit !
mit den Verschlechterungen
unseres Lebens im Interesse
der Unternehmer !
Weg mit der bremer arbeit
gmbh !

Ausserdem in dieser
Ausgabe:

Anarcho-Syndikalismus
ist nicht links

Hausbesetzungen
in Bremen

Eröffnung
Libertäres Kultur-
und Aktions-
zentrum Hamburg



Die Verantwortlichen

Dem Aufsichtsrat der „bremer arbeit GmbH“ gehören 15 illustre Personen aus der Bremer Wirtschaft und Politik an. Sie sind die Verantwortlichen für die Einhaltung der Aufgaben der bag und damit für die Zwangs- und Kürzungsmaßnahmen gegen erwerbslose SozialhilfebezieherInnen. Aufsichtsratsvorsitzender ist der Staatsrat beim Senator für Arbeit Dr. Arnold Knigge. Desweiteren mit von der Partie sind der Senatsrat Bernhard Günthert vom Senator für Finanzen, Brigitte Dreyer von der CDU-Fraktion, die Vorsitzende des DGB Bremen Helga Ziegert (SPD), Johannes Focken von der Handwerkskammer, Jürgen Schmidt vom Gesamtpersonalrat Bremen, Karoline Linnert vom Fraktionsbüro von Bündnis90/ Die Grünen, der VerDi-Gewerkschaftssekretär Klaus Schukowski, Marion Seevers vom Senator für Bildung, Sven Wiebe vom Senator für Wirtschaft, Ulrike Hauffe von der Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau, Ursula Müller und Ulrike Dittmer für die bremer arbeit GmbH, Winfried Brumma von der SPD sowie Wolf Dieter Klatt vom Senator für Arbeit.

Die Nutznießer

Neben der gesamten Bremer Wirtschaft, die von der Ausbeutung von niedriglohnarbeiterInnen profitiert sind eingeschriebene Mitglieder bei der bag u.a. AUCCOOP-Kooperative, der Verein Arbeit und Ökologie, die BBU mbH, die Bremer Bootsbaue Vegesack, die Fraueninitiative quirl, die Gröpelinger Recycling Initiative, die Guttempler West, der Landesverband Bremen der bag-arbeit, die Neue Arbeit der Diakonie und Verein für Recycling und Umweltschutz West. Darüberhinaus gibt es eine ganze Reihe privatwirtschaftlicher Unternehmen die durch die „Vermittlung“ billiger Arbeitskräfte durch die bag profitieren



bag`e, bag`e Kuchen – der Kapitalist hat gerufen

bremer arbeit GmbH und die Hartz-Kommission

Wer in Bremen Sozialhilfe beantragt und Arbeitslos gemeldet ist, gerät in die Mühlen der „Bremer Arbeit GmbH“ (bag). Denn nach dem Willen der Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft soll die Sozialhilfe nicht ohne Gegenleistung gewährt werden. Dazu haben sie Programme mit Namen wie „Arbeit statt Sozialhilfe“ aufgestellt, die Verschleiern um welche Arbeit es sich in Wirklichkeit handelt – um Zwangsarbeit. Auch die Ergebnisse der sog. Hartz-Kommission der Bundesregierung haben nichts gutes für SozialhilfebezieherInnen und LohnarbeiterInnen an sich. Sie sind ein massiver Angriff auf die Existenz und die Würde von Erwerbslosen und führen u.a. zu Lohndrückerei und der Verpflichtung Arbeit auch hunderte Kilometer vom Wohnort entfernt annehmen zu müssen. Von diesen Maßnahmen profitieren maßgeblich Unternehmer und Zeitarbeitsfirmen.

Die „Bremer Arbeit GmbH“ ist eine Einrichtung des Landes Bremen. Ihr Auftrag ist die Vermittlung von erwerbslosen Sozialhilfe-bezieherInnen in sog. städtische Beschäftigungsgesellschaften. Dies sollen „Qualifizierungsmaßnahmen“ sein um Jobs im 1. Arbeitsmarkt zu finden, bzw. aus der Sozialhilfe herauszukommen. Rechtliche Grundlagen dafür sind die § 19 und 20 des Bundessozialhilfegesetzes, die Zwangsarbeit ermöglichen und damit Nachschub für den 3. Arbeitsmarkt, der mit Niedrigstlöhnen bezahlt wird, produzieren. Die Praxis sieht so aus, dass die bag erwerbslosen SozialhilfeempfängerInnen Arbeitsstellen zuweist. Meistens im Bereich von Recycling, Instandhaltung von Spielplätzen oder Kfz- und Fahrradwerkstätten. Dafür erhalten sie eine sog. „blaue Karte“. Mit dieser erhalten sie für die ersten 2 Monate zusätzlich zur Sozialhilfe einen Betrag von 5,11 Euro pro Arbeitstag. Nach zwei Monaten sollen diese Beschäftigungsverhältnisse dann in reguläre umgewandelt werden, deren Dauer meistens 12 Monate beträgt. Dabei ist der Anspruch Bremens SozialhilfeempfängerInnen zurück in die Zuständigkeit der Arbeitsämter zu führen um die finanziellen Ausgaben dem Bund zu übertragen und die eigenen Kassen zu entla-

sten. Wir dürfen aber nie vergessen das genug Geld in Bremen vorhanden ist. Es ist nur in den falschen Händen, den Händen der Unternehmer und Konzerne. Sie sollen Zahlen !

Eine Ablehnung der Arbeit bedeutet die Reduzierung der Sozialhilfe bei der ersten Verweigerung um 25% und bei der zweiten die

Streichung der gesamten. Das heisst, die Repression gegen die Ablehnung von durch die bag bestimmten Beschäftigungsverhältnissen führt in letzter Konsequenz zur akuten Existenzbedrohung. (siehe auch Sozialämter und bag – Hand in Hand) Existenzbedrohung kommt nicht aus heite-

rem Himmel sondern hat die Ursache im Denken der Herrschenden von Kosteneinsparungen bei Menschen und ihren Bedürfnissen. Dazu kommt ein Arbeitsethos, der die Ausbeutung in einem (Lohn)arbeitsverhältnis als Sinn und Zweck des menschlichen Daseins betrachtet und Arbeit nicht als die gesellschaftlich notwendigen Tätigkeiten sieht. Der Mensch ist also bei der Zwangsarbeit nur das Mittel, das Objekt zur Erfüllung bestimmter Ansprüche die andere an ihn stellen. Das andere Feld ist die Willkür der „FallmanagerInnen“. So ist im § 20 BSHG gesetzlich festgeschrieben, dass die „Gewöhnung an Arbeit“ und die Prüfung „der Arbeitsbereitschaft“ nach Einschätzung der FallmanagerInnen erfolgt die im § 19 ihre Bestimmung finden, also dem weiten Feld der BeschäftigungsträgerInnen. Zusätzlich gibt es in Bremen das ZIP (siehe auch „Aasgeier“).

Es gibt also einige Leute die sich an der Armut und der Ausbeutung von SozialhilfeempfängerInnen eine goldene Nase verdienen bzw. deren Existenz durch die Zwangsarbeit gesichert wird, wie den Beschäftigungsgesellschaften und Unternehmen die sich auf „Zwangs- und BilliglohnarbeiterInnen“ spezialisiert haben. Schließlich gewährt die bag bis zu 12 Monaten Lohnkostenübernahme und Zuschuss für diese. Sie leben im wahrsten Sinne des Wortes auf den Kosten dieser ArbeiterInnen. Dazu kommt, dass die bremer arbeit GmbH,



nach dem Wunsch des Staatsrates und Aufsichtsratsvorsitzenden Arnold Knigge, zu dem von der Hart-Kommission vorgeschlagenen Konzept des Abbaus der sozialen Sicherungssysteme bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, „eine entscheidende Rolle spielen wird“. Bremen soll also ein Pilotprojekt für die Horrorforderungen der Hartz-Kommission werden. Dabei wird sich auch zeigen ob die bag die Rolle der von der Bundesregierung angestrebten „Personal Service Agenturen“ (PSA) für Bremen übernehmen wird.

Die Hartz-Kommission

Zu den Eckpunkten der Ausarbeitung der Hartz-Kommission gehören u.a. folgende Bereiche:

Kürzungen

Die Leistungen für Erwerbslose werden gekürzt - bei Älteren über 45 Jahre entfällt die bisher gesetzlich verbriefte Anhebung im zweiten Jahr der Arbeitslosigkeit. Menschen die vorübergehend eine schlechter bezahlte Tätigkeit ausüben, verlieren vorherige höhere Arbeitslosengeldansprüche. Die Arbeitslosenhilfe (betroffen 1,6 Millionen Menschen) wird in ein sogenanntes Arbeitslosengeld II umgewandelt. Dieses soll auch für die etwa 800 000 arbeitsfähigen SozialhilfebezieherInnen gelten. Hartz macht zur Höhe nur vage Angaben, die jedoch alle darauf schließen lassen, das es sich beim Arbeitslosengeld II um eine gesockelte Sozialhilfe handelt. Der Begriff den Hartz verwendet, „Arbeitslosengeld II ist eine steuerfinanzierte bedürftigkeitsabhängige Leistung zur Sicherung des Lebensunterhalts“ ist angelehnt an die Sozialhilfe. Außerdem soll für Arbeitslosengeld II der Krankenversicherungsbeitrag gezahlt, die Rentenbeiträge aber noch geprüft werden.

Zumutbarkeit

Die Zumutbarkeitsregelung wird verschärft. Ledige müssen nach 3 Monaten, verheiratete ohne Kinder nach 6 Monaten Arbeitslosigkeit Jobs auch in München oder Stuttgart antreten.

Jeder Erwerbslose kann nach 6 Monaten Arbeitslosigkeit verliehen werden. Leiharbeit ist schon heute die größte Zugangsschleuder in den Niedriglohn. Die bei Leiharbeitsfirmen gezahlten Löhne liegen zu einem großen Teil unter der Armutsgrenze und helfen den Unternehmen reguläre Jobs zu streichen.

Tarife in Leiharbeitsfirmen liegen zwischen 60 und 70 Prozent vergleichbarer Tätigkeiten in Normalarbeitsverhältnissen. Wer sich weigert über die PSA in Leiharbeit zu gehen, dem wird das Arbeitslosengeld gekürzt. Wer zukünftig einen Job ablehnt muß beweisen, das er dazu berechtigt war.

Damit wird das generelle Prinzip der Unschuldsvermutung (gilt als gesetzliches Grundprinzip) umgekehrt.

Sperrzeiten

Die Sperrzeit und Kürzungsmöglichkeiten werden ausgebaut.

Karenzzeiten bei verspäteter Meldung beim Arbeitsamt werden mit 7 bis 50 Euro täglich belegt. Die Meldung soll unmittelbar nach der Kündigung erfolgen.

Neben den bisherigen Sperrzeiten (in der Regel 12 Wochen) sollen Möglichkeiten der verkürzten Sperrzeit sowie Kürzungen der Höhe der Leistung möglich sein. Dabei ist das Ziel die Ausweitung der Zahl von Strafmaßnahmen. (jetzt 1,1 Prozent jährlich - Vorbild Schweiz und GB zwischen 10 und 40 Prozent der LeistungsbezieherInnen)

Ich AG / Geringfügigkeit

Mit der sogenannten „Ich AG“ bei einem Einkommen bis 15 000 Euro jährlich wird der Niedriglohn und Scheinselbständigkeit gefördert. Dieses gilt ebenso für die Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze auf 500 Euro in privaten Haushalten. Um Schwarzarbeit unattraktiv zu machen, sollen private Haushalte diese zukünftig von der Steuer absetzen können. Dies läuft auf eine staatliche Förderung für moderne Haussklaven hinaus. Jedem Spitzenverdiener seinen Billiggärtner und Dienstmädchen.

Umgehung des Kündigungsschutzes

Der Kündigungsschutz für Erwerbslose ab 50 Jahre und bei Einstellungen über 50. Die PSA wird ausgehebelt. Generell sollen Unternehmen mit 50jährigen befristet Arbeitsverträge beliebiger Länge abschließen können. Damit hat die SPD ihr Wahlversprechen, den Kündigungsschutz nicht zu verändern, gebrochen.

Leiharbeit

Über Leiharbeit bei Zeitarbeitsfirmen, die direkt mit dem Arbeitsamt zusammenarbeiten oder dessen verlängerter Arm oder dessen eigener Ableger (Personalserviceagenturen, PSA) sein werden, sollen Leute in simple Jobs vermittelt werden. In den ersten 6 Monaten soll Lohn in Höhe der Leistung des Arbeitsamtes gezahlt werden. (Arbeitslosengeld oder Arbeitslosengeld II) Das ist nach heute geltendem Recht sittenwidriger Lohnwucher. Es gibt bis heute ein Arbeitnehmerüberlassungsgesetz, in dem Leiharbeit nur bis zu 2 Jahren erlaubt ist, Leiharbeit in Bauhauptgewerbe und Ersatz von entlassenen Menschen durch Leiharbeiter verboten ist. Diese Regelungen sollen wegfallen.

Berufsausbildung / Ausbildungszeitwertpapier
Die Ausbildung ist bisher in einem „dualen Sy-

Die Aasgeier

Reicher werden auf Kosten armer Menschen und dabei ein Image der Hilfestellung für

SozialhilfebezieherInnen und Arbeitssuchende zu bedienen ist das Ziel von Volker Homburg, dem Geschäftsführer der „ZIP Zeitarbeit und Personalentwicklung GmbH“, einem weiteren Baustein des Netzes von Gesellschaften rund um die bag, die aus Leih- und Zwangsarbeit in Bremen Profit schlagen.

Mit einem sog. „Assessment für Arbeitssuchende in Bremen“ – also einer „Einschätzung von Arbeitssuchenden“ sollen bis Frühjahr 2003 „individuelle Tests mit 600 Arbeitssuchenden“ durchgeführt zu werden, um zu prüfen ob diese den „Anforderungen“ des Arbeitsmarktes gerecht werden. Die Tests bestehen aus mehreren „Eignungsprüfungen“ und sog. „Arbeitserprobungen“.

Das ganze ist das Bremer Modellprojekt des auf bundesweiter Ebene gestarteten weiteren Modellprojekts MoZArT, des „Modellvorhaben der Zusammenarbeit zwischen Arbeitsämtern und Trägern der Sozialhilfe“.



Sozialämter und bag – Hand in Hand Kürzungen und Streichungen

Im Jahr 2001 wurde nach Angaben der Sozialämter 1537 SozialhilfebezieherInnen eine Kürzung ihrer „Leistungen“ angedroht. Bei dieser Zahl ist aber zu berücksichtigen, das sie nur die schriftlichen Androhungen berücksichtigt. In den meisten Fällen wird die Androhung mündlich ausgesprochen und liegt deshalb in der Wirklichkeit um ein Vielfaches höher. Bei 1115 Betroffenen wurde die Sozialhilfe um 25% gekürzt, bei 263 SozialhilfeempfängerInnen um mehr als 25% und bei 146 Menschen vollständig.

Dabei wurde bei 399 SozialhilfeempfängerInnen die Sozialhilfe direkt durch das Sozialamt um 25% gekürzt und nach Einschaltung der bag bei 453. Im Vergleich zum Jahr 2000 sind die Kürzungen dabei in allen Bereichen angestiegen. Am meisten bei den Kürzungen um 25%, von denen 2001 75 Menschen mehr betroffen waren als 2000.

Grundlage für die Kürzungen der Leistungen ist der BSHG-§ 25, der besagt: „Wer sich weigert zumutbare Arbeit zu leisten oder zumutbaren Maßnahmen nach den §§19 und 20 nachzukommen, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Hilfe ist in einer ersten Stufe um mindestens 25 vom Hundert des maßgebenden Regelsatzes zu kürzen...“

BSHG §20 – die „besonderen Arbeitsgelegenheiten“

Der § 20 des BSHG ist eine „soll“-Bestimmung; also eine gesetzliche Bestimmung. Der §20 besagt, das ein „Hilfesuchender“ zur „Prüfung“ seiner Arbeitsbereitschaft und zur „Gewöhnung an Arbeit“ gezwungen werden darf, wenn es dem oder der „Fallmanagerin“ so erscheint, als ob der „Hilfesuchende“ seine Arbeitskraft verweigert.

Dieser Paragraph ist zusammen mit den gesetzlichen Bestimmungen des §19 BSHG die Grundlage für Zwangsarbeit.

Die Lüge von der Vollbeschäftigung

Durch den Rationalisierungsprozess der Wirtschaft gibt es nicht mehr genügend existenzsichernde Arbeitsplätze. Der Kapitalismus braucht immer weniger ArbeiterInnen die für seine Profite sorgen. Beispiele dafür sind z.B. die Rationalisierung der Flaschenabfüllung bei Becks oder die computergesteuerte Verwaltung des Container Terminals in Rotterdam. Deswegen ist es eine Lüge zu behaupten Erwerbslosigkeit und Armut beseitigen zu können innerhalb der ungerechten Gesellschaftsform des Kapitalismus.

Eine andere Gesellschaft steht auf der Tagesordnung:

Bedarfwirtschaft, Selbstbestimmung, Freiheit, unentfremdete Arbeit das sind unsere Ansprüche.

Und: im Kapitalismus gilt es unsere Haut so teuer wie möglich zu verkaufen: das heisst radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Du bist vom Sozialamt oder der bag betroffen und willst dich wehren ?

Dann melde dich bei uns ! Wir möchten gemeinsamen Widerstand gegen die Bedrohung unserer Existenz und den Arbeitszwang organisieren. Deine Erfahrungen sind wichtig. Lernen wir uns kennen und schliessen wir uns zusammen. Setz dich mit uns in Verbindung !

Der vollständige Wortlaut des BSHG 19 kann u.a. im Internet unter <http://jurcom5.juris.de/bundesrecht/bsha/inhalt.htm> eingesehen werden.

stem“ geregelt: eine Hälfte organisiert und finanziert der Staat bzw. öffentliche Träger, die andere die ausbildenden Betriebe. In der neuen Form der „Ausbildungszeitwertpapiere“ soll für Azubis eine Privatisierung der Ausbildung stattfinden. Der Lohnausfall soll dann auch von privater Versicherung finanziert werden - vor- ausgesetzt man hat vorher eine abgeschlossen. Mensch braucht eine reiche Oma. („Wertpapiere“ klingt nach Pensionskassen- kapitalismus und nach schnellem Zeitwert- verfall).

Unterteilung nach Arbeitsfähigkeit

Die Aufteilung der SozialhilfebezieherInnen in „wertvolle“ arbeitsfähige, die dann ins Arbeits- losengeld II kommen und „wertlose“, die wei- terhin Sozialhilfe-Sozialgeld bekommen, be- gründet eine Selektion von Menschen, wie wir sie bereits aus der Absenkung durch das Asyl- bewerberleistungsgesetz kennen, das u.a. zur Streichung von Geldleistungen und der Ein- führung von Naturalien als „Hilfe“ geführt hat.

Schluss mit Arbeitszwang und Ausbeutung !

Zwangsarbeit und die Horror-Liste der Hartzkommission sind Angriffe auf die Exi- stenz und Würde erwerbsloser und lohn- arbeitender Menschen. Im Mittelpunkt dabei stehen die Interessen der Wirtschaft nach bil- ligen und jederzeit verfügbaren Arbeitskräf- ten und die des Staates, der seine Ausgaben bei den Armen reduzieren will. Auf der Streck- ke bleibt der Mensch, das Geld für Unterneh- mer und Staat ist wichtiger. Ihre Lügen von der „solidarischen Gesellschaft“, dem herbei- gelogenen Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit sind offensichtlich. Dazu passt auch, das der sozialpartnerschaftliche DGB an den Ausarbeitungen des Hartz-Papiers und in Bre- men auch im Aufsichtsrat der bag vertreten ist. Der DGB steht auf der anderen Seite. Im Kapitalismus zählt der Mensch nur auf- grund seiner finanziellen Stärke oder seiner Verfügbarkeit für die Ausbeutung durch Lohn- arbeit. Wir AnarchosyndikalistInnen und revolutionä- ren SyndikalistInnen lehnen Zwangsarbeit und Ausbeutung grundsätzlich ab. An die Stel- le des ungerechten Kapitalismus setzen wir eine freie Gesellschaft, deren Wirtschaft in der

Selbstverwaltung der Arbeitenden liegt und bedürfnisorientiert funktioniert.

Um uns selber müssen wir uns selber kümmern!

Wir haben keine Erwartungen an andere. Ge- gen die Ungerechtigkeiten und Existenzbe- drohenden Maßnahmen der bag, der Sozial- ämter und der Bundesregierung (Hartz) müs- sen wir uns selber und zwar gemeinsam weh- ren. Der Widerstand gegen die Entscheidun- gen der FallmanagerInnen ist vereinzelt und kann dadurch leicht gebrochen und mit Kür- zungen bestraft werden. Es ist wichtig das wir uns zusammenschliessen und gemeinsam wehren. LohnarbeiterInnen, ArbeiterInnen in ungesicherten Beschäftigungsverhältnissen (320 EURO), ZwangsarbeiterInnen, Sozial- hilfeempfängerInnen und ImmigrantInnen – nur gemeinsam können wir es schaffen!

Mittelfristige Ziele müssen die Abschaffung von Prämienarbeit, der Zwangsparagraphen 19, 20 und 25 und den Sklavenhändlern der Neuzeit – den Zeitarbeitsfirmen sein. Schluss mit den Billiglöhnen – kämpfen wir gemein- sam für kräftige Lohnerhöhungen und sofor- tige sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten ohne „Probearbeit“ und „blaue Karte“.

Und machen wir uns stark, unterstützen wir uns gegenseitig und vergessen wir dabei nicht das die Ungerechtigkeit einen Namen hat – Kapitalismus. Das Selbstorganisation und Kampf Erfolge bringt zeigt der letzte Generalstreik in Spanien. Aufgrund massiver Proteste und Arbeitsniederlegungen, musste die spanische Regierung einen Großteil ihrer Verschärfungen des Arbeits- und Sozialrechts zurücknehmen.

Lernen wir uns kennen und schliessen wir uns zusammen:

Schluss mit Arbeitszwang, Zeitarbeit und Billiglöhnen – Für Freiwilligkeit und kräf- tige Lohnerhöhungen

Weg mit dem Hartzpapier

Weg mit den § 19, 20 und 25 des BSHG

Weg mit der bremer arbeit GmbH

Wir haben mehr vom Leben als von der Arbeit

Für eine selbstverwaltete, freie Gesell- schaft

Der Zwangsarbeit Paragraph BSHG 19

Der Paragraph 19 des Bundessozialhilfegesetzes ist die rechtliche Grundlage für die Möglichkeit von Zwangsarbeit gegen SozialhilfebezieherInnen. Er beinhaltet die Erlaubnis für die Vermittlung in „ge- meinnützige“ nicht sozialversicherungspflichtige Jobs (also ohne Anspruch und Anrechnung auf Kran- ken, Renten und Arbeitslosenversicherung), den sog. „3. Arbeitsmarkt“. Dabei enthält er eine Reihe von „kann“-Bestimmungen, die zusätzliche Zahlungen des Sozialamtes für einen Mehraufwand (z.B. Arbeits- kleidung, die Fahrkarte zur Zwangsarbeitsstelle usw.) von der Lust und Laune des oder der „FallmanagerIn“ abhängig machen. Dagegen wird eine „kann“-Bestimmung im Interesse der Unternehmer Groszügig ausgelegt. Denn der §19 regelt auch, das „zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsgelegenheiten Ko- sten übernommen werden können“. Die bag gewährt so in der Praxis bis zu 12 Monaten Lohnkostenzuschuss für Unternehmer.

Kongress der SAC

Vom 13. bis zum 20. September war ich als Beobachter der FAU Bremen auf dem alle vier Jahre stattfindenden Kongress der syndikalistischen Gewerkschaft SAC in Gävle, Schweden. Die SAC wurde 1910 als eine der ersten syndikalistischen Organisationen gegründet und zählt heute ca. 10000 Mitglieder.

Am Samstag begann der Kongress mit den Grußbotschaften der internationalen Gäste. Außer mir waren noch Gäste von der CNT aus Frankreich, der SKT aus Sibirien, des Syndikalistischen Netzwerks aus Dänemark und der spanischen CGT zu Besuch. Später trafen wir uns noch für ein paar Stunden, um uns über die Situation und die gewerkschaftlichen Strukturen unseren Ländern auszutauschen. Zur Präsentation der Ergebnisse folgte am Sonntag eine Pressekonferenz, woraufhin in der Sozialdemokratischen Zeitung 'Arbetsblad' ein kritischer Artikel über die Einführung der 35 Stunden Woche in Frankreich erschien.

Am Mittwoch machte der Kongress eine Demo vom Veranstaltungsort ins Stadtzentrum mit einer Kundgebung und Zurück. Die GenossInnen erklärten mir dass anarchistische und syndikalistische Organisationen wie die SAC im schwedischen Fernsehen recht häufig eingeladen werden, wenn man eine 'Linke' Position bringen möchte. So gab es zum Beispiel im Vorfeld der Wahlen eine Fernsehdiskussion, in der ein Anarchist, eine Syndikalistin und ein libertärer Sozialist über den Parlamentarismus diskutierten. In Schweden hat es sich wohl schon bis zu den Fernsehredaktionen herumgesprochen, dass die kleinen aber belanglosen Unterschiede zwischen den Ideologien politischer Parteien nicht wirklich hochinteressant sind.

Zum Schluss bleibt nur noch zu sagen, dass der in letzter Zeit etwas unüblich gewordene Besuch der FAU in Schweden bei allen Beteiligten ganz gut angekommen ist und hoffentlich nicht die letzte Begegnung dieser Art bleibt.



weitere Informationen zur SAC findet ihr unter www.sac.se

Besetzen - Illegal - ? - Scheißegal

Familie S. Quatter war wieder unterwegs



Am Wochenende dem 11.10 war es wieder so weit, ein Haufen bunter Leute besetzte in der Neustadt um 16.00 Uhr eine alte leerstehende Fabrik, das „Guldenhaus“.

Diesmal reagierte die Polizei ziemlich rasch und eigenmächtig (illegal) und so wurden die Besetzerinnen und Besetzer schon um 07.15 Uhr am nächsten Morgen in Polizeigewahrsam genommen. Parallel kam es im Viertel (Friesenstrasse) zu einer zweiten Besetzung, in der sich bei der anschließenden, eigenmächtigen Räumung durch das SEK der Polizei herausstellte, dass das Haus schon wieder von den BesetzerInnen verlassen war.

Das die Polizei zuerst, nach Augenzeugenberichten, das falsche Haus stürmte und die offene Haustür übersahen, zeigt mal wieder wie Planlos die Bremer Polizei ihre Einsätze durchführt. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurden noch zwei weitere Häuser scheinbesetzt was dazu führte dass die Polizei die ganze Nacht durch die Stadt fuhr und Transpis verhaftete. Nichts desto trotz sollten sie dann am Sonntag morgen doch noch eine echte Besetzung in der Kornstrasse bewundern dürfen.

Diese BesetzerInnen ergaben sich dann der Staatsmacht und wurden zur Personalienbehandlung eingefahren. Soweit zu diesem Zeitpunkt bekannt, wird allen BesetzerInnen Hausfriedensbruch vorgeworfen. Nach dem Polizeibericht vom 13.10 wird aber mit Inhaftierung gedroht, falls sich diese Unternehmungen noch mal wiederholen (Spielverderber). Die kurze Eingriffszeit der Polizei lässt vermuten dass von den Besitzern der Häuser zum Zeitpunkt der Räumung noch keine Räumungsklage vorlag. Daraus lässt sich wiederum die Vermutung in den Raum stellen, dass auf Weisung des Innensenators (Kuno Böse) gehandelt wurde, der sich schon letztes mal sagte, „Mit mir wird es keine weiteren Hausbesetzungen geben“. Nun, das Ziel hat er leider nicht erreicht, denn es wurden Häuser besetzt - zwar nur kurz aber egal. Schließlich

Fortsetzung auf Seite 8

Eimsbüttel libertaire.

Veranstaltungsreihe zur Eröffnung des Libertären Kultur- und Aktionszentrums in der Fettstraße 23, 20357 Hamburg

Mit einer Veranstaltungsreihe im November eröffnet das Libertäre Kultur- und Aktionszentrum in der Fettstraße 23, Hamburg-Eimsbüttel. Dabei wird die libertäre (=anarchistische) Bewegung vorgestellt. Die Veranstaltungen reichen von historischen Fragen über zeitgenössische anarchistische Literatur bis zu aktuellen Themen wie z.B. die Globalisierungskritik, die Zapatistas, Anti-Castor-Bewegung oder die Sans Papiers. Sie werden ergänzt durch anarchistisches Kabarett, lecker Kaffee/ Wein/ Tapas und einem Volksmenü (auch lecker). Zu allen Veranstaltungen werden Bücher, Broschüren und Zeitschriften aus dem anarchistischen Spektrum zum Verkauf angeboten.

Die Repression, die Militarisierung und die Macht des totalen Marktes ist weiter auf dem Vormarsch; wir müssen die Zeit nutzen zur Überprüfung unserer Politik, zur Reorganisation und Vertiefung unserer Analysen und Strategien. Es gibt keinen vernünftigen Grund anzunehmen, dass die kapitalistische Produktionsweise eine Gesellschaft hervorbringt, in der die menschlichen Bedürfnisse ihre angemessene Entfaltung finden.

Darum: Das Leben ändern, die Welt verändern! Der Kampf geht weiter! „Der erste Schritt zum Glück heißt: Beginnen!“ meinte der libertäre Dichter und Revolutionär Erich Mühsam. Obwohl der erste Schritt der anarchistischen Bewegung Hamburgs ins 19. Jahrhundert zurückreicht, beginnt mit der Einweihung des Libertären Kultur- und Aktionszentrums in der Fettstraße ein neuer Schritt, dem organisierten Anarchismus in Hamburg einen Ort zu geben. Die Räume in der Thadenstraße 118 - wo das Libertären Kultur- und Aktionszentrums vorher lag - sind zu klein geworden. Die Fettstraße 23 lässt künftig Veranstaltungen für bis zu 70 Personen zu.

Neben der anarchistischen Gewerkschaftsinitiative 'Freie Arbeiterinnen- und Arbeiterunion' trifft sich im Libertären Kultur- und Aktionszentrum das 'Radio Libertär' (das regelmäßig auf FSK sendet) und ein loser Zusammenhang von Menschen, der sich dort zur Auseinandersetzung mit anarchistischen Themen bildet. Darüber hinaus wird im Zentrum das wöchentliche Café

Fortsetzung Seite 6 Marginalspalte

Chat Noir' veranstaltet und eine einzigartige Bibliothek mit Werken des Anarchismus geführt. Die Veranstaltungen im Einzelnen (Ort: Fettstr. 23, 20357 Hamburg):

Freitag, 1. November:

19 Uhr: **Eröffnung** Café CHAT NOIR mit leckeren Tapas, Wein, Kaffee usw. im Libertären Zentrum, Fettstr. 23, Hamburg.

20 Uhr: **Lesung** aus dem Roman 'Der neue Mensch. Fragmente eines Antiquierten' Wolfgang Nacken beschreibt in seinem Roman 'Der neue Mensch' die brüchige Identität eines Anarchisten im Übergang: was bisher galt, hat sich totgelaufen. Was der Mainstream verheißt, macht unglücklich. Was bleibt, ist die Sehnsucht nach einer ganz anderen Welt. Die Lesung ist eine Premiere - der Roman ist noch nirgends erschienen.

Samstag, 2. November:

16 Uhr: „**GLOBALISIERUNG UND WIDERSTAND**“ Vortrag und Diskussion mit der FAU Münster. Darstellung der wichtigsten Institutionen (WTO, IWF, Weltbank), Verträge (MAI, NAFTA) und der grundlegenden Fragestellung, was es mit dem schwammigen Begriff der Globalisierung auf sich hat. Des weiteren eine Darstellung und Kritik der sogenannten GlobalisierungsgegnerInnen, mit ihren Protesten von Seattle, Göteborg, Genua; und ihren Organisationen (wie z.B. Peoples Global Action, ATTAC etc).

Feier gegen die Achse des Bösen

(aus FDP, Schill, CDU). Soliparty für die Wagenburg 'Bambule' und das Libertäre Kultur- und Aktionszentrum im Buttclub (Hafenstraße), Störtebeker (Bernhard-Nocht-Straße) und Hafenklang (Große Elbstraße). Eintritt für alle Veranstaltungen: 5,- EUR

18.30 Uhr: Beginn mit **Cocktails und Schnittchen**

19.30 Uhr: **Kabarett** im Buttclub (Hafenstraße), mit: 'Der Zeitungsverkäufer', bitterböses Politikabarett von Harald Hahn. Eine muntere Reise durch die linke Medienlandschaft, nebenbei wird u.a. mit den Grünen und der Fun- und Spaß-Gesellschaft abgerechnet. BLARZER SCHWOCK, anarchistisch-autonomes Kabarett aus Münster. Aus einer Kritik der Zeitung APOPLEX/Münster: „Ein toller Abend, an dem sich gezeigt hat, daß die Herren der Szene nicht nur über sich lachen, sondern auch mit ihren selbstgemachten Texten voll ins Schwarze treffen. Große Klasse!“

22.00 Uhr: **Konzerte im Störtebeker** (Bernhard-Nocht-Straße) mit Daddy Longleg: Abgepunk aus Münster

Anarcho-Syndikalismus ist

Die Begriffe „links“ und „rechts“ und auch die „Mitte“ sind im ureigensten Sinne parlamentarische Begriffe. Die jeweiligen Richtungsangaben leiten sich ganz einfach aus der Rednerperspektive im Parlament ab. Rechts vom Redner saßen die Konservativen, links die Sozialdemokraten, Kommunisten, in der Mitte die Liberalen. Unter diese Begriffe fallen also seit jeher nur parlamentarische politische Vereinigungen, Gewerkschaften und (andere) politische Zusammenschlüsse, welche nach anarchistischen Prinzipien die parlamentarische Betätigung ablehnen,

fallen nicht unter diese Kategorie. Sie unterscheiden sich grundsätzlich von sozialdemokratischen oder kommunistischen Strömungen, sind eben nicht zentralistisch und somit staatsbefürwortend, hängen nicht an diversen Dogmen, wie dem historischen Materialismus als einzigem Erklärungsmuster für Geschichte und Zukunft, sehen nicht in Hörigkeit, Autorität und Führerkult ihre Stärke, sondern in Zusammenschlüssen selbstdenkender, selbstbewußter und damit in jeder Hinsicht emanzipierter Individuen, stehen also für eine Bewegung von unten ein, ohne Vermittler, Bürokraten und Führer. Es gibt mit „sozialistischen“ Parteien sowenig Gemeinsamkeiten, wie mit nichtparlamentarischen monarchistischen und kapitalistischen Despoten auch. Freiheitlich-emanzipatorische Betätigungen zielten in der ganzen Geschichte niemals auf parlamentarische Tätigkeiten ab, sondern lehnten diese strikt ab. Sowohl unter „linken“ als auch unter „rechten“ oder „Mitte“-Regierungen wurden freiheitliche Ideen und Aktivitäten unterdrückt, wurden und werden Anarcho-SyndikalistInnen überwacht, verfolgt, eingesperrt oder auch ermordet. Im faschistischen, wie im „demokratischen“ Italien, im faschistischen, wie im „demokratischen“ Deutschland, im zaristischen, wie im kommunistischen Rußland, im kapitalistischen, wie im kommunistischen Cuba, im monarchistischen, wie im faschistischen Spanien - ja wie in jedem Staat, jedem zentralistischen Gebilde durch Polizei, Geheimdienste, Bürokratie und Militär. Anarcho-Syndikalismus hat sowohl in der Theorie, als auch in seiner praktischen Tätigkeit mit Marxisten,

Kapitalisten oder Faschisten gleichermaßen wenig gemeinsam, richtet sich somit gegen „rechts“, „links“ und „Mitte“ gleichermaßen.

Diese Richtungsangaben werden gezielt dazu eingesetzt, um uns Gemeinsamkeiten zwischen Marxisten/ anderen Autoritären einerseits und Anarcho-SyndikalistInnen andererseits vorzugaukeln, die es gar nicht gibt, die nie bestanden haben.

Die Grenzen verlaufen nämlich nicht zwischen „rechts“ und „links“, sondern immer zwischen oben und unten. Parlamentarier und Regierungen jeder Art, ob „Rechts-“, oder „Links“-Regierungen üben Herrschaft aus. Der Anarcho-Syndikalismus vertritt in



seinen Prinzipien einen deutlichen Klassenstandpunkt, demnach der Sozialismus entweder frei oder gar nicht sein werde. Es gibt also keine „linke Einheit“ im Klassenkampf, sondern an dieser Stelle nur die Selbstorganisation emanzipatorischer Bewegung gegen jede Form von Herrschaft. Das Denken in „rechts“ - „links“-Kategorien verschleiert bereits in unseren Köpfen und damit bereits im Ansatz die eigentliche Frontstellung. Aus diesem Denken leiten sich dann immer wieder Trugschlüsse ab, die nur dazu führen, uns vom Regen in die Traufe zu führen - vom Kapitalismus und seinen Gefängnissen in den Staatskapitalismus und die Gulags der Marxisten. „Links“ und „rechts“ sind Kampfbegriffe, die von den jeweils Herrschenden eingesetzt werden, um unser Denken zu vernebeln und in falsche Bahnen zu lenken. Desweiteren und genauso schlimm ist die Tatsache, daß diese inhaltslosen Begrifflichkeiten die Herausbildung aussagekräftiger und gehaltvoller Bezeichnungen für die Beschreibung der anarcho-syndikalistischen Bewegung behindert. Der Anarcho-Syndikalismus wird zumindest im Titel oder der Titelunterschrift fast jeder Publikation einfach unter „links“ subsumiert - und das von Anarchisten, Marxisten, Sozialdemokraten, Konservativen und Faschisten gleichermaßen! Welch ein Hohn auf unsere Prinzipien. Weder der Anarchismus, noch der Anarcho-Syndikalismus sind „links“, sondern emanzipatorisch, basisbewußt- und bestimmt, an den Bedürfnissen der Menschen orientiert, und in der Negation dann auch antistaatlich und antiparlamentarisch, unbürokratisch, undogmatisch und vieles mehr. Es

nicht „links“

geht eben darum, in unserem Ausdruck Inhalte zu vermitteln, nicht zu vernebeln oder gar falsche Gemeinsamkeiten herbeizureden.

Unser Leben in die eigenen Hände zu nehmen heißt erstmal auch, Begrifflichkeiten und Kategorien selbst zu bestimmen und zu setzen, statt sie uns diktieren zu lassen. Selbstbestimmtes und emanzipatorisches Handeln fängt im Kopf an. Wenn die Gegner unser Denken bestimmen, haben wir schon verloren. Selbstorganisation fängt im Kopf an.

„Totalitarismus“

Das die „Mitte“, „rechts“ und „links“ in den „Extremismus“- Topf wirft, ist bekannt; daß sie sich selbst aber nicht mit dazuzählt ist geradezu verlogen. Die „rechts“-links“- Extreme werden von der „Mitte“ als Totalitär bezeichnet - zurecht. Nur wissen wir, daß jede sog. „Demokratie“ jederzeit ebenfalls totalitäre Züge annehmen kann, wie in Deutschland im großen 1932/33 und 1956/ 1977 im kleinen. „Totalitär“ ist ein Kampfbegriff der „Mitte“, um uns grundsätzliche Unterschiede zwischen „Demokraten“ und „Extremisten“ vorzugaukeln. Auch die sind grundsätzlich nicht gegeben. Die Umwandlung der Bundesrepublik Deutschland in einen „Totalitären Staat“ kann jederzeit völlig legal vollzogen werden. Die rechtlichen Mittel dazu sind gegeben (Polizeigesetze, Grundgesetz und Notstandsgesetze), wie auch die Mittel zur Umsetzung in den Startlöchern stehen (Polizei, Geheimdienste, Militär Verwaltungsapparat). „Totalitarismus“ ist insofern ebenfalls eine irreführende Begrifflichkeit.

„Demokratien“ und „Extremisten“ haben aus anarcho-syndikalistischer Sicht viel mehr gemeinsam, als sie trennt. Sie sind zentralistisch-hierarchisch, staatlich, bürokratisch, autoritär, den freien Willen untergrabend, anti-emanzipatorisch, bevormundend, kapitalistisch. Unterscheidungen finden sich hierbei nur in Nuancierungen, sowie darin, ob die Wirtschaft privat (Kapitalismus) oder staatlich (Staatskapitalismus) gelenkt wird. Die Klassenverhältnisse sind prinzipiell die gleichen. Der Anarcho-Syndikalismus richtet sich gegen jede Form von Herrschaft und bedeutet Organisation von unten nach anarchistischen Prinzipien mit dem Ziel, jede Form von Ausbeutung und Unterdrückung abzuschaffen und an ihre Stelle eine Gesellschaft selbstbestimmter, emanzipierter Individuen zu schaffen, welche sich nach freien Vereinbarungen verbinden und wieder lösen können. Eigenverantwortlichkeit und Selbstdisziplin ersetzen Bevormundung und Hörigkeit. Selbst-

verwaltung in allen Lebensbereichen tritt an die Stelle hierarchischer Gliederungen.

Genauso wie der Marxismus schiebt uns auch die „demokratische Mitte“ stets in die „linke“ Ecke und präsentiert sich somit selbst stets als Hort von Vernunft und Gerechtigkeit. Die weltweite Ausbeutung und Unterdrückung geht jedoch nicht vom Anarcho-Syndikalismus aus. Auch vernichten wir nicht systematisch Lebensmittel und lassen täglich allein 20000 Kinder weltweit verhungern, um die Preise auf dem Weltmarkt stabil zu halten. Wir errichten auch nicht korrupte Marionettenregierungen in anderen Staaten, um unsere imperialen Interessen weltweit durchzusetzen, ebenso wenig, wie wir denselben Waffen und Folterinstrumente liefern.

Wenn etwas auf dieser Welt vernünftig ist, dann ist dies die Überwindung der herrschenden Verhältnisse und das Werden einer freien Gesellschaft, wie oben kurz skizziert.

Anstelle von „links“

Aber als aller erstes tritt an die Stelle fremdbestimmter Begriffsdefinition das undogmatische und freie Denken und die freie Begriffsbestimmung von unten.

„Links“ ist lediglich eine inhaltsleere Richtungsangabe und kann vieles bezeichnen: Einen Flügel der NSDAP, diverse Hegelianer, autoritäre Jakobiner, den Leninismus, Stalinismus, Troztkismus, Maoismus, Castro, „Linksruck“, Heiner Geissler, die „Republikaner“ im faschistischen Spektrum, Che Guevara, die „Rote Heidi“, die Stadt München in Bayern - „links“ ist beliebig, ein Gummibegriff und an Relativität kaum zu überbieten.

Statt „rechts“- „links“- Kategorien aufzustellen, sollten wir die wahren Unterschiede benennen, nämlich Arm/ Reich, Kapitalisten/ ArbeiterInnen, Bürokratie/ Sozialhilfe-Arbeitslosenhilfebedürftige, Patriarch/ Ausgebeutete, Parlamentarismus/ Anarcho-Syndikalismus, Staat/ freie Gesellschaft, autoritär/ emanzipatorisch, Wille zur Macht/ Wille zur Freiheit und sicherlich noch einiges mehr.

Nur so werden wir nicht unnötig im dunkeln tapen und können den Hebel besser ansetzen, um unsere Vorstellungen einer freien Gesellschaft auch umzusetzen.

Die Begrifflichkeit „links“ sollten wir dabei ganz einfach links liegen lassen.

H. (FAU- Bremen), 2002

Fortsetzung von Seite 6 Marginalspalte

P.R.A.K.: Ostpunk aus Hamburg Tot im Strandkorb: Surfmusik von den Sandbänken der Oberelbe Petrograd: melodischer Schwarzgeld-Anarcho-Punk aus Luxemburg. im Anschluss: Drum & Base - Eventgewitter im Hafenklang (Große Elbstraße)

Sonntag, 3. November:

Frühschoppen ca. ab 11.30 Uhr: mit dem **Anarcho-Liedermacher Baxi.**

14.00 Uhr: Harry Ladis berichtet u.a. zur Situation der **AnarchistInnen in Griechenland** und der Vorbereitungen zum Widerstand gegen den EU-Gipfel in Thessaloniki.

17.00 UHR: **VOLKSMENU** jeden Sonntag: 17.00 bis 21.00 Uhr. „Anarchie und Luxus“ für bis zu 20 TischgenossInnen. Für die Teilnahme am 4 bis 5 Gänge Menü ist eine Anmeldung erforderlich. Telefon: 432 21 24.

20 Uhr: **WAS IST ANARCHIE?** Was sie schon immer über Anarchie wissen wollten, aber nie zu Fragen wagten. Einführung von FAU Hannover. Wenn von Gewalt und Zerstörung die Rede ist, liegt vielen das Wort „Anarchie“ schon auf der Zunge. Alles, was nicht klappt, waren wir - das Böse sowieso. Doch was Anarchie wirklich bedeutet, weiß kaum einer genau zu sagen. Kurz und locker gibt es eine Einführung in die Gedankenwelt der Anarchie - für alle, die mit Ihren Vorurteilen aufräumen wollen.

Hinweise auf weitere Veranstaltungen zur Eröffnung des neuen Libertären Kultur- und Aktionszentrums in Hamburg könnt ihr im Internet unter www.fau.org/termine erfahren.



Politisch links - politisch rechts, das hat doch alles den gleichen Klang, Regierung bleibt Regierung und Regierung das heisst Zwang.
Slime - „Demokratie“

Besetzungen - Fortsetzung von Seite 5

geht es bei solchen Aktionen auch darum, ein Signal nach außen zu setzen.

Die Forderung nach erschwinglichem und selbstbestimmtem Wohn- und Kulturraum war auch hier Hauptargumentation um das Recht dieses Staates zu Beugen und auf Eigeninitiative Flagge zu zeigen. Wohl auch kein Wunder, so ist doch nach der Besetzung der Parkallee im Frühling die Diskussion um die alternativen Kultur- und Wohnräume sogleich aus der Öffentlichkeit verschwunden, von der Haltung der korrupten Politiker in Bremen ganz zu schweigen. Es werden Millionen aus Steuergeldern in irgendwelche Bremer Projekte gesteckt, die einzig und allein nur dazu dienen irgendwelche Privilegierten zu bereichern (Zuletzt im Space-Park, Polizeihaus, Musical).

Für Kultur- oder Freiräume ist da kein Geld oder Initiative zu erwarten.

Seit den 90er wird in Bremen regellos der Rotstift für alternative Projekte angesetzt, besonders für Sachen die denen da oben im Rathaus ein Dorn im Auge sind.

Die Heuchelei, öffentlich das politische Uninteresse der Leute zu bedauern und im Gegenzug Andersdenkenden die Basis zu entziehen, zeigt wie weit es schon mit diesem Staat gekommen ist.

Es handelt sich bei den BesetzerInnen nicht mehr nur um Jugendliche, die nicht wissen, was sie am Wochenende machen sollen. Vielmehr wissen viele nicht wie sie den teuren Wohnraum in Bremen bezahlen sollen. Natürlich kann man zum Suizid überm Gartenzaun aufs Land ziehen, wo die Mieten günstiger sind, aber das kann nicht der Sinn des Lebens sein. Wo man lebt will man auch Wohnen und zwar bezahlbar. Das die Hausbesitzer noch daraus Kapital schlagen wenn andere schon am Ende sind, ist ein typisches Merkmal unserer kranken Gesellschaft. Wozu Arbeiten gehen und die Hälfte des Einkommens in den Schlund der Miethaie werfen? Es gilt diesen Teufelskreis zu durchbrechen und das geht mit spektakulären revolutionären Aktionen.

Das die Sozial- und Arbeitslosenhilfe drastische Kürzungen und Repressalien unterliegt führt auch zusätzlich zu Not. Es ist nur eine Frage der Zeit, wenn das alles so weitergeht, das Besetzungen zum Volkssport werden. Wenn die Politik mal wieder ihre Unfähigkeit zu Handeln zeigt müssen es halt andere tun.

Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union (FAU)

angeschlossen an die Internationale ArbeiterInnen Assoziation (IAA)

Die FAU-IAA ist eine basisdemokratische Gewerkschaftsinitiative, in der wir uns organisiert haben, weil wir von den sozialpartnerschaftlichen, scheidemokratischen Funktionsapparaten der herrschenden Gewerkschaften die Nase gestrichen voll. Wir pfeifen auf Sozialpartnerschaft und „Standortlogik“, die nur dazu führen dass die Reichen immer reicher werden, während immer mehr Menschen verarmen. Wir ArbeiterInnen sind es, die den gesellschaftlichen Reichtum produzieren den Staat und Bosse uns rauben. Ohne sie, in einer freien, selbstverwalteten Gesellschaft, in der alle mitentscheiden können, würde es uns besser gehen. Das nennen wir Anarcho-Syndikalismus. Und da wollen wir hin. Die Grundlage für Selbstverwaltung ist Verantwortung, gegenseitige Hilfe, Solidarität und eine gleichberechtigte Zusammenarbeit ohne Hierarchien und Privilegien aufgrund von Geschlecht und Geburtsort. Auf dieser Basis versuchen wir uns schon heute zu organisieren. Bei uns entscheiden die Vollversammlungen. FunktionärInnen haben und wollen wir nicht.

Lieber nen Cocker Spaniel, als



nen Dieter Hundt



Direkte Aktion -
anarchosyndikalistische Zeitung der
FAU-IAA.

Kostenloses Probeheft bestellen:
Direkte Aktion, Mühlgasse 13, 60486
Frankfurt/Main
eMail: da@fau.org und im Internet:
www.fau.org



Zeitung der FAU-IAA
Lokalföderation Bremen

Redaktionsanschrift:
FAU-IAA Lokalföderation Bremen
Postfach 10 56 74, D-28056 Bremen
e-mail: fauhb@fau.org
ViSdP: M. Hilse
Auflage: 1000 Ex.
Abos können gegen Zusendung
der Portokosten eingerichtet
werden

Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union Lokalföderation Bremen

Kontakt:
FAU-IAA Lokalföderation Bremen
Postfach 10 56 74
D-28056 Bremen
eMail: fauhb@fau.org

Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen
c/o FAU-IAA Lokalföderation Bremen
eMail: sle-hb@fau.org



www.fau-bremen.de.vu